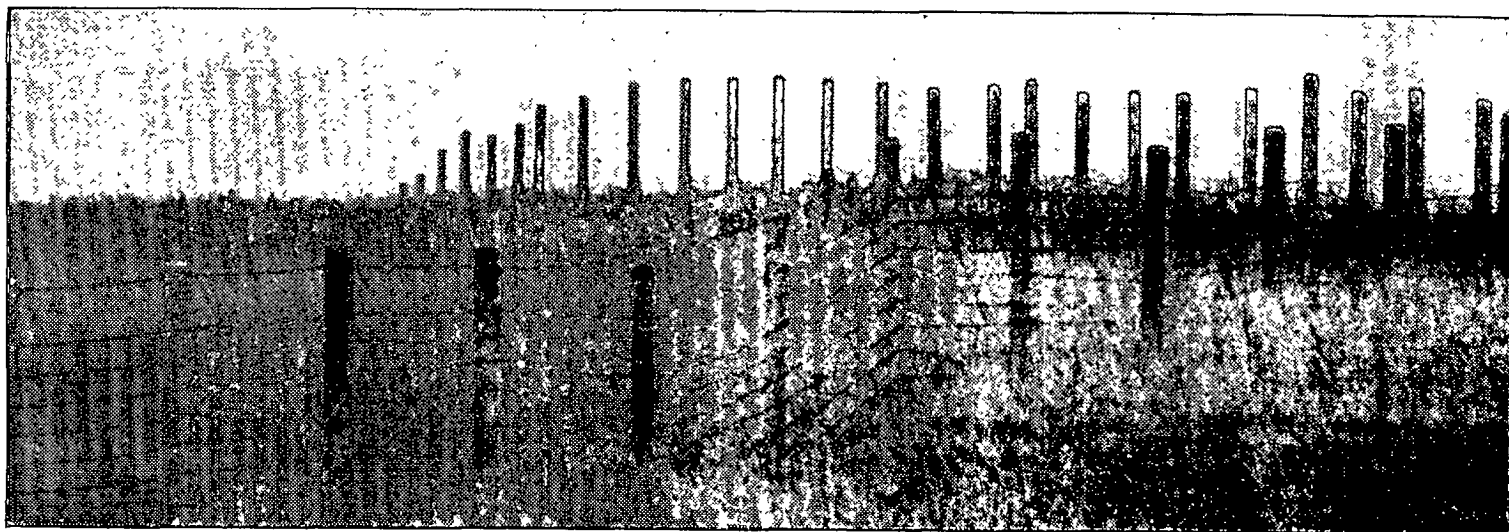




Zonengrenze bei Hof: Quer durch Deutschland...

„von der Nachfrage der privaten Haushalte gestützt“.

Die Bonner Steuersenkung wird den Lohn- und Gehaltsempfängern zwei Milliarden Mark mehr in der Lohntüte lassen, und die acht Millionen Rentner bekommen mit 9,4 Prozent (gleich 1,77 Milliarden Mark) den stärksten Zuschlag seit Beginn der Rentendynamik.

IG-Metall-Chef Brenner zeigt überdies an, was um die Halbzeit der goldenen sechziger Jahre als angemessener Arbeitnehmeranteil am Wohlstandszuwachs gelten kann. Für seine Stahlarbeiter verlangt der scharfe Otto zwei zusätzliche Urlaubstage, zehn Prozent mehr Lohn und — Hokuspokus — ein dreizehntes Monatsentgelt.

Professor Friedensburg erwartet für 1965 einen Nettozuwachs der Kaufkraft von 3,5 Milliarden Mark. Und der Hamburger Prognostiker Dr. Platow („Der Frieden blieb, wie ich Ihnen ankündigte, erhalten“) teilte mit, das Jahrhundert des Kleinen Mannes sei ausgebrochen; breite Kreise der Bevölkerung würden demnächst so leben, wie heute manch großer Mann.

Die Werkleute, so versprechen West-deutschlands Konjunkturpropheten schon jetzt, werden 1965 wieder so fleißig sein wie 1964. Ihre Produktivität werde um über 3,5 Prozent ansteigen, das Sozialprodukt wenigstens um sechs Prozent. 150 000 weitere Gastarbeiter werden als moderne, sozialversicherte Sklaven den deutschen Wohlstand mehrten helfen. Kein Wirtschaftszweig, so weis-sagt Friedensburg, brauche 1965 im Schatten zu leben.

Im deutschen Reiche des Wohlstands, in dem solchermassen die Konjunktur-sonne nicht unterzugehen scheint, sehen die Auguren nur eine einzige Gefahr. Sie besteht ausgerechnet darin, daß der Schöpfer des DM-Paradieses, Kanzler Erhard, bei der kommenden Wahl ab-serviert wird, weil trotz allen Wohlstandes „eine erhebliche Unzufriedenheit festzustellen ist“ („Der Volkswirt“).

Die Bank für Gemeinwirtschaft garan-tiert in ihrer Prognose den Konjunktur-auftrieb nur bis zur Jahresmitte 1965. Und auch die Experten des „Volkswirt“ orakeln: „Das Wachstumstempo des rea-len Bruttosozialprodukts wird bis zum Sommer etwa gleichbleiben. Im Herbst dürften die Bundestagswahlen ein Un-sicherheitsmoment mit sich bringen.“

* Detonation eines minenartig verlegten Atomsprengekörpers in der Wüste von Nevada/USA.

BUNDESWEHR

Trettners Minen-Spiel

(siehe Titelbild*)

Den Befehl zum Zünden gibt der Kommandeur der im Raum südlich Hamburg kämpfenden Bundeswehr-Division, als die Spitzen eines über die Zonengrenze vorgedrungenen russischen Panzerverbandes die Autobahn Hannover-Hamburg erreichen.

Drei Stunden zuvor hat der amerikanische Präsident auf Anforderung des Nato-Oberbefehlshabers in Europa den Einsatz nuklearer Gefechtsfeldwaffen einschließlich Atom-Minen für den Fall freigegeben, daß die feindlichen Kräfte mit konventionellen Mitteln nicht aufgehalten werden können. Darauf haben amerikanische Soldaten die atomaren Sprengkörper mit Hubschraubern aus ihren Depots zu den vorher festgelegten Sprengstellen gebracht und gemeinsam mit deutschen Pionieren verlegt.

Von seinem vorgeschobenen Gefechts-stand löst der Kommandeur des Divisions-Pionier-Bataillons über Funk die Zündung aus. Am Atomzielpunkt A 34, nahe der Autobahn, detonieren vier

nukleare Sprengkörper von der Art, die man Atom-Minen nennt.

Die anrückende Panzer-Formation taucht unter in vier sich vermischenden Fontänen verstrahlter deutscher Erde. Ein Teil der Feind-Fahrzeuge taucht nie wieder daraus auf. Ein anderer Teil kommt vor vier flachen, fast harmlos anmutenden Kratern mit einem Ruck zum Stehen. Türme werden aus ihren Verankerungen gerissen, Ketten und Laufräder wirbeln durch die Luft und fallen zurück auf den bebenden Boden.

Wo die Besatzung noch lebt, ist sie verstrahlt, ohne sich dessen bewußt zu sein. Minuten später zwingen entsetzliche Schwindelgefühle sie dazu, sich zu erbrechen.

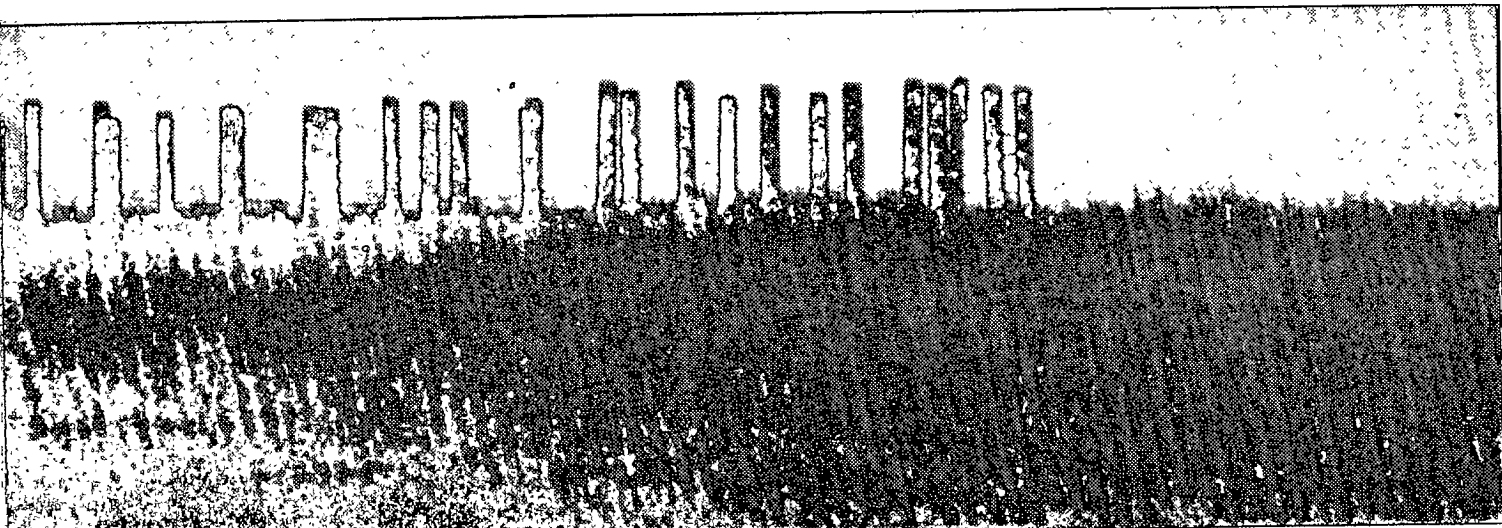
Weiter hinten beobachten Komman-danten und Fahrer der zweiten feind-lichen Panzerwelle die wachsenden Atomwolken. Katastrophen-Gerichte kriechen durch die Fahrzeuge, als die Einheit eine halbe Stunde später wie-der anrollt, um den Angriff nach Süden ausholend fortzusetzen. Der Atomkrieg hat begonnen.

So etwa würde der Beginn einer krie-gerischen Auseinandersetzung auf deut-schem Boden aussehen, wenn ein Ver-teidigungskonzept verwirklicht wird, das der Bundeswehr-Generalinspekteur Heinz Trettners, 57, ausgearbeitet hat. Und eine solche Vision war es auch, die im In- und Ausland, be-sonders aber im Zo-nengrenzgebiet, den Sturm des Entsetzens entfachte.

Die Bundeswehr-führung war kurz vor Weihnachten auf eine psychologische Mine getreten, und zu Be-ginn dieses Jahres herrscht allgemeine Verwirrung über die strategischen Vorstel-lungen der Bundes-regierung. Das De-bakel wurde durch das explosive Stich-wort „Atom-Minen-Gürtel entlang der Zonengrenze“ ausge-löst. Die Mine deto-nierte in der „Frank-furter Allgemeinen Zeitung“.



Minen-Planer von Hassel, Trettners: Nach der Enthüllung...



... eine Maginot-Linie aus Atom-Minen?

Mitte Dezember 1964 hatten sich wie alle Jahre die Außenminister und Verteidigungsminister der Nato-Staaten nebst ihren zivilen und militärischen Beratern in Paris versammelt. Einen Tag nach Beginn der Konferenz berichtete Adelbert Weinstein, ehemaliger Generalstabsoffizier der Wehrmacht und Reserve-Oberstleutnant der Bundeswehr, im Hauptberuf Militär-Experte der „FAZ“, in seiner Zeitung: Der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Trettner, soll dem Militär-Ausschuß der Nato, in dem alle Generalstabschefs der Atlantikpakt-Mächte vertreten sind, ein neues deutsches Verteidigungskonzept vorgetragen haben. Wichtigstes Element:

- ▷ „Eine Sperre von Atom-Minen“ auf westdeutschem Boden in geringer Entfernung von der Zonengrenze; in diese Minensperre solle ein möglicher Gegner hineinlaufen.

Konsequenz für die Zivilbevölkerung:

- ▷ „Der Einsatz von atomaren Minen in relativ stark bewohnten Gebieten, die zum Teil Industriezonen sind, und ein Bewegungskampf entlang einer eintausend Kilometer langen Grenze würde rund zehn Millionen Deutsche unmittelbar, die ganze Bundesrepublik aber mittelbar in Mitleidenschaft ziehen.“

Erste Kunde von dem deutschen Atom-Minen-Projekt hatte Weinstein erhalten, als er kurz vor der Nato-Konferenz in Washington war, wo er auch mit dem amerikanischen Generalstabschef, General Wheeler, zusammentraf.

Im Pentagon erhielt Weinstein Informationen, wonach Kai-Uwe von Hassel und General Trettner bei ihrem November-Besuch in der amerikanischen Hauptstadt eine Studie „über Möglichkeiten der Durchführung der Vorwärts-Verteidigung“ der Nato vor-

gelegt hatten. Darin, so erfuhr Weinstein, werde auch die Möglichkeit erörtert, Atom-Minen zu verwenden.

Weinstein, im In- und Ausland wegen seines manchmal eigenwilligen, oft sprunghaften, aber immer unabhängigen Urteils geschätzt, stellte zunächst die Veröffentlichung seiner Washingtoner Informationen für einen später zu schreibenden Leitartikel zurück. In Paris, wo er sich zur Nato-Konferenz aufhielt, erfuhr er jedoch, daß Trettner die Verteidigungsstudie nun auch vor dem größeren Forum des Militär-Ausschusses vorgetragen habe. Um anderen Journalisten vorzuzukommen, publizierte Weinstein am 16. Dezember die Atom-Minen-Meldung. Sie war die Sensation der Nato-Konferenz. Wenige Stunden nach ihrer Auslieferung war die „FAZ“ in Paris vergriffen.

Oberst Hasso Viebig, Pressesprecher des Verteidigungsministeriums, las die Meldung beim Frühstück auf seinem Zimmer im Hotel „Bristol“. Ihm stockte der Atem, und er legte die Zeitung sofort Hassel vor. Der Minister, der vor der Abfahrt zur Nato-Ratstagung stand, überflog die Nachricht und sagte: „Wir haben jetzt andere Sorgen.“



... ein Frühstück im „Bristol“: Militär-Journalist Weinstein

Über die Wirkung im Nato-Hauptquartier berichtete die amerikanische Nachrichtenagentur UPI:

„Diplomaten diskutierten mit Journalisten, Briten mit Deutschen, Amerikaner mit Franzosen. Die Militärs liefen mit eisiger Miene dazwischen hindurch, hatten es furchtbar eilig und ließen sich nicht ansprechen. Wo man doch einen Offizier erwischte, setzte er flugs ein Gesicht auf, auf dem man unschwer ‚cosmic‘ ablesen konnte: höchste Geheimhaltungsstufe. Manches sei richtig, manches sei falsch, hörte man endlich nach einiger Zeit.“

Auf einer Pressebesprechung am Mittag gab Oberst Hasso Viebig den ersten Kommentar: Der Hinweis auf die Atom-Minen sei aus dem Zusammenhang gerissen, die Minen seien nur ein Punkt in einer langen Studie über die Vorwärts-Verteidigung, die den Amerikanern nur als Diskussionsbeitrag unterbreitet worden sei.

Viebig's Minister, Kai-Uwe von Hassel, im Umgang mit der Presse sonst nicht sonderlich geschickt, blieb trotz der anbrandenden Flut ruhig und tat das Vernünftige: Er traf sich am anderen Morgen mit Weinstein zum Frühstück im Hotel „Bristol“. Hassel akzeptierte Weinsteins Argument, daß sich solche heiklen Dinge auf die Dauer gar nicht geheimhalten ließen. Anschließend weihte er Weinstein in den Inhalt der Abwehr-Studie ein.

Die Schrecksekunde der deutschen Öffentlichkeit nach Weinsteins brisanter Meldung dauerte keine 48 Stunden. Dann ging der Sturm los. In den Zonenrandgebieten brach er aus, einen Tag später erreichte er die Zentralen der westdeutschen Politik.

Der Stimmenlärm reichte von „ungeheuerlich“ (SPD-Fraktionsvorsitzender im schleswig-holsteinischen Landtag Käber) bis zu „außerordentlich beunruhigend“ (Bischof Vellmer von Kurhessen/Waldeck). Der Führer der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Fritz Erler, sprach von „Selbstmord-Strategie“, Herbert Wehner von „politischem Wahnsinn“. Der FDP-Bundestagsabgeordnete Eisenmann aus Itzehoe stöhnte: „Um Gottes willen!“

Das Kuratorium „Unenteilbares Deutschland“ warnte vor den psychologischen Folgen für das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen. Der Verwaltungspräsident von Braunschweig, Thiele, mahnte: Bundespräsident Lübkes Versprechen, das Zonengrenzland „attrak-



Wehrmacht-Pioniere beim Minenlegen an der Ostfront (1944): „Größte Sorge der Roten Armee“

tiver“ zu machen, könne so nicht erfüllt werden. Der DGB forderte, den „Todesstreifen“-Plan aufzugeben.

Am Tag vor dem Christfest versammelten sich Lübecks Atomtod-Gegner an der Puppenbrücke. Auf grauem Plakat verkündeten sie den Weihnachts-Einkäufeln der letzten Stunde die letzte Stunde: „Heute für Lübeck Atom-Minen! — Morgen für Lübeck Atom-Tod!“

Die Presse der Gebiete an der Zonen-grenze verzeichnete den stärksten Leserbrief-Eingang seit Jahren. Es hagelte Hohn, Empörung und boshafte Fragen an von Hassel: „Schändlicher Plan“, „Da geht einem ja der Hut hoch“, „Militärische Illusionisten“ und „Weiß denn der Minister nicht mehr, welche Eier seine Generale im Hause aus-brüten?“

Landräte, Bürgermeister und DGB-Funktionäre machten ihrer Empörung Luft. Der Stadtrat von Mellrichstadt in Unterfranken protestierte einstimmig gegen das Atom-Minen-Projekt, der Coburger DGB-Vorsitzende nannte es „schrecklicher als die Mauer“, der Bürgermeister Prior des Städtchens Philippsthal an der Zonengrenze beklagte die „selbstzerstörerischen“ Pläne.

Kai-Uwe von Hassel, vor seiner Berufung zum Verteidigungsminister im Dezember 1962 als Ministerpräsident von Schleswig-Holstein selbst Chef eines Bundeslandes an der Zonengrenze, versuchte Notdeiche zu errichten. Er formulierte eine Stellungnahme, die er bei seiner Rückkehr nach Bonn auf dem Regierungsflughafen Köln-Wahn im Fernsehen verlesen wollte. Aber wegen schlechten Wetters konnte keine genaue Ankunftszeit gegeben werden, und Hassels Fernseh-Auftritt fiel an diesem Abend aus. Die Erklärung wurde über die Nachrichten-Agenturen verbreitet.

Hassel versicherte, daß die Bundesregierung sich nur vom Gedanken des Schutzes der Bevölkerung

leiten lasse, auch wenn in die Überlegungen der militärischen Führung atomare Minen einbezogen würden. Einem möglichen Gegner müsse klargemacht werden, daß er bei einem Angriff ein unkalkulierbares Risiko eingeht und zugleich die politische und militärische Initiative aus der Hand gibt.

Auf der CDU-Landesdelegiertenversammlung am 20. Dezember in Flensburg erklärte der Minister: Ein Minen-Gürtel sei nicht geplant. Im Frieden würden Atom-Minen keinesfalls verlegt werden, und im übrigen dürfe man die Sprengkraft der Minen nicht überschätzen. Sie sei nicht zu vergleichen mit der verheerenden Wirkung nuklearer Großwaffen.

Im Verteidigungsausschuß des Bundestages hatte der Minister einen verhältnismäßig leichten Stand. Die Parlamentarier waren in friedlicher Weihnachtsstimmung und außerdem größtenteils militärisch aufgeklärt genug, um die Weinstein-Meldung nicht allzu wörtlich zu nehmen. Vereinzelt Bedenken über den Einsatz von Atom-Minen suchte der Minister mit dem freilich wenig tröstlichen Hinweis zu zerstreuen: „Selbstverständlich werden wir die zuständigen Stellen, die Bürgermeister etwa, rechtzeitig informieren.“

Über Weinstein, mit dem Hassel wegen der Berichterstattung über Personal-

Veränderungen in der Bundeswehr schon einmal aneinandergeraten war (SPIEGEL 28/1964), sagte der Minister: „Es ist nicht meine Aufgabe, Journalisten zu qualifizieren, aber ich weiß, woher Herr Weinstein seine Informationen hat. Ob die Quellen seriös waren oder ob die Informationen seriös wiedergegeben worden sind, möchte ich nicht untersuchen. Ich möchte nur feststellen, daß von unseren Herren niemand etwas gesagt hat.“

Zwischenruf eines SPD-Abgeordneten: „Herr Weinstein war aber doch zur Zeit Minister Strauß' immer ein sehr tüchtiger Mann.“

Das Thema Atom-Minen war im Ausschuß binnen 20 Minuten erledigt. Wenig länger dauerte die Atom-Minen-Debatte im Verteidigungs-Ausschuß des Deutschen Bundesrates. Anschließend beruhigte der Ausschuß-Vorsitzende, SPD-Ministerpräsident Dr. Diederichs aus Niedersachsen, offiziell: „Meldungen über Atom-Minen-Felder oder einen Atom-Minen-Gürtel an der Zonengrenze treffen nicht zu. Es besteht weder ein Atom-Minen-Gürtel, noch ist er geplant. Atom-Minen gehören zu den kleineren nuklearen Waffen, die unter amerikanischem Verschuß für die Verteidigung Europas bereitgehalten werden. Ihr Einsatz wird nur im Ernstfall entschieden.“

Wie die meisten Dementis verfehlten die Erklärungen ihr Ziel: Sie bestritten etwas, was — jedenfalls von Adelbert Weinstein — gar nicht so behauptet worden war, und gaben auch keinen vollständigen Aufschluß über die Absichten der Bundeswehrführung und die voraussehbaren Folgen der Verwendung einer größeren Zahl von Atom-Minen auf westdeutschem Gebiet. Die bleibenden Unklarheiten reichten aus, um die öffentliche Erregung über die Bundeswehr-Generalität zu nähren.

Dabei sind die Motive der deutschen Minen-Studie keineswegs im Bereich militaristischen Übermuts zu suchen, eher im Gegenteil: Die meisten deutschen Generale und Generalstäbler brachten aus Weltkrieg II und anschließender Kriegsgefangenschaft das Trauma mit, unter Hitler an der Auslösung einer Welt-Katastrophe beteiligt gewesen zu sein.

General Foertsch, zweiter Generalinspekteur der Bundeswehr und im Oktober 1955 Spätheimkehrer aus russischer Kriegsgefangenschaft, pflegte oft im Kameradenkreis zu erzählen: Bei seinen Vernehmungen in der Sowjet-Union sei ihm immer wieder vorgehal-



Generale Tretnner (l.), Wheeler: Die Quelle war seriös

ten worden, daß die deutschen Truppen als Aggressoren in die Sowjet-Union eingedrungen seien. Niemand habe sie „eingeladen“, und die Deutschen seien an dem Unglück, das sie getroffen habe, selber schuld.

Als stellvertretender Stabschef im Pariser Nato-Hauptquartier hatte Foertsch noch die Auffassung vertreten, Atomwaffen, wenn überhaupt, dann erst zu einem sehr späten Zeitpunkt zu verwenden. Als Generalinspekteur freilich hatte Foertsch dann schnell die atomaren Konzeptionen seines damaligen Ministers Strauß übernommen.

Das Minen-Spiel des Generals Trettner trägt unverkennbar Spuren des deutschen Aggressions-Traumas: Atom-Minen sind ein defensives Kampfmittel. Die Bundeswehrführung hat sie nicht zuletzt deswegen in ihre Überlegungen einbezogen, weil die Sprengkraft der nuklearen Ladung nicht über die Zonengrenze hinausreicht. Die Auslösung von Atom-Minen auf westdeutschem Gebiet stellt mithin, so meint man in Bonn, keinen Aggressions-Akt dar. Eben darin liege der moralische Vorzug der nuklearen Mine.

Foertsch-Nachfolger Trettner war zwar nicht in russischer Kriegsgefangenschaft, hat sich aber noch als Kommandierender General des I. Bundeswehr-Korps in Münster aus ethischen Gründen lange gestraubt, die Anwendung von Atomwaffen zu billigen. In internen Diskussionen äußerte er: „Man kann von einem deutschen Soldaten nicht verlangen, Atomsprengkörper zum Beispiel auf Magdeburg oder Erfurt zu setzen.“

Als General Trettner am 1. Januar 1964 die Geschäfte des Generalinspektors von General Foertsch übernahm, galt für den Fall eines russischen Angriffs auf die Bundesrepublik bereits das Konzept der „Vorwärts-Verteidigung“. Ursprünglich hatte die Nato die Hauptverteidigungslinie am Rhein vorgesehen. Die vorhandenen Truppen reichten nicht für eine Vorwärts-Verteidigung.

In Laufe der Jahre war, entsprechend dem Aufbau der Bundeswehr, die allgemeine Verteidigungslinie nach Osten vorverlegt worden. Eine Zeitlang sollten Weser und Lech den vorderen Rand der Abwehrräume bilden.

Mit dem Inkrafttreten der Vorwärts-Verteidigung am 1. September 1963 wurde dieser vordere Rand so nahe an die Zonengrenze herangeschoben, wie das Gelände und sonstige Umstände es erlauben.

Über die Grundfrage jedoch, wann und gegen welche Ziele bei einem sowjetischen Angriff Atomwaffen eingesetzt werden sollen, besteht zwischen den Nato-Verbündeten immer noch keine Einigkeit.

Frankreich verlangt auch im Falle eines nur mit konventionellen Waffen geführten Sowjet-Angriffs die sofortige „massive Vergeltung“ durch einen Atomschlag auf die angreifende Truppe und auf die Sowjet-Union.

Amerika verfährt bislang den Grundsatz „der abgestuften Verteidigung“ (flexible response). Danach soll der Angreifer zuerst mit herkömmlichen Mitteln aufgehalten werden. Atomwaffen sollen erst dann verwendet werden, wenn die konventionellen Kräfte zur Verteidigung nicht ausreichen oder



Friderizianische Mineurs: Pulver in den Stollen

der Feind mit Atomwaffen angreift. Die Amerikaner gehen davon aus, daß ein Atomkrieg nur global, nicht regional geführt werden kann.

Die Bundeswehrführung arbeitet seit langem an einem praktikablen Kompromiß zwischen diesen Extremen. Franz-Josef Strauß wurde im Laufe seiner Amtszeit zum Vorkämpfer der französischen Auffassung und verlangte für die Nato und für die Bundeswehr Mittelstrecken-Raketen. Sein Nachfolger von Hassel zeigte sich der amerikanischen Strategie aufgeschlossen. Aber auch er wollte keineswegs den frühzeitigen Einsatz zumindest der atomaren Gefechtsfeldwaffen bei einem überlegenen konventionellen Angriff ausschließen.

Der Minister im Verteidigungs-Ausschuß des Bundestags: „Leider gibt es in der Nato kein einheitliches politisches Konzept und infolgedessen keine einheitliche Strategie. Wir stehen in der Mitte zwischen Amerikanern und Franzosen.“

Hassel beauftragte den Führungsstab der Bundeswehr, eine Studie über Einzelheiten der Vorwärts-Verteidigung zu erarbeiten und dabei zu prüfen, wie

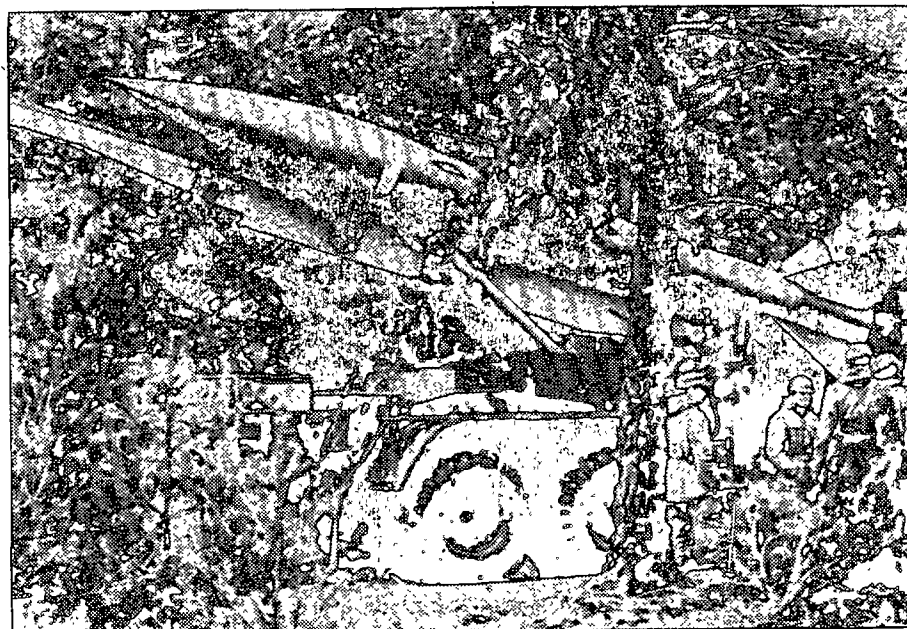
- ▷ einerseits örtliche konventionelle Vorstöße auch konventionell „bereinigt“,
- ▷ andererseits überlegene Feind-Angriffe unter möglichst geringem Geländeverlust abgewehrt werden könnten,

ohne sogleich die Gefahr des großen Atomkrieges heraufzubeschwören.

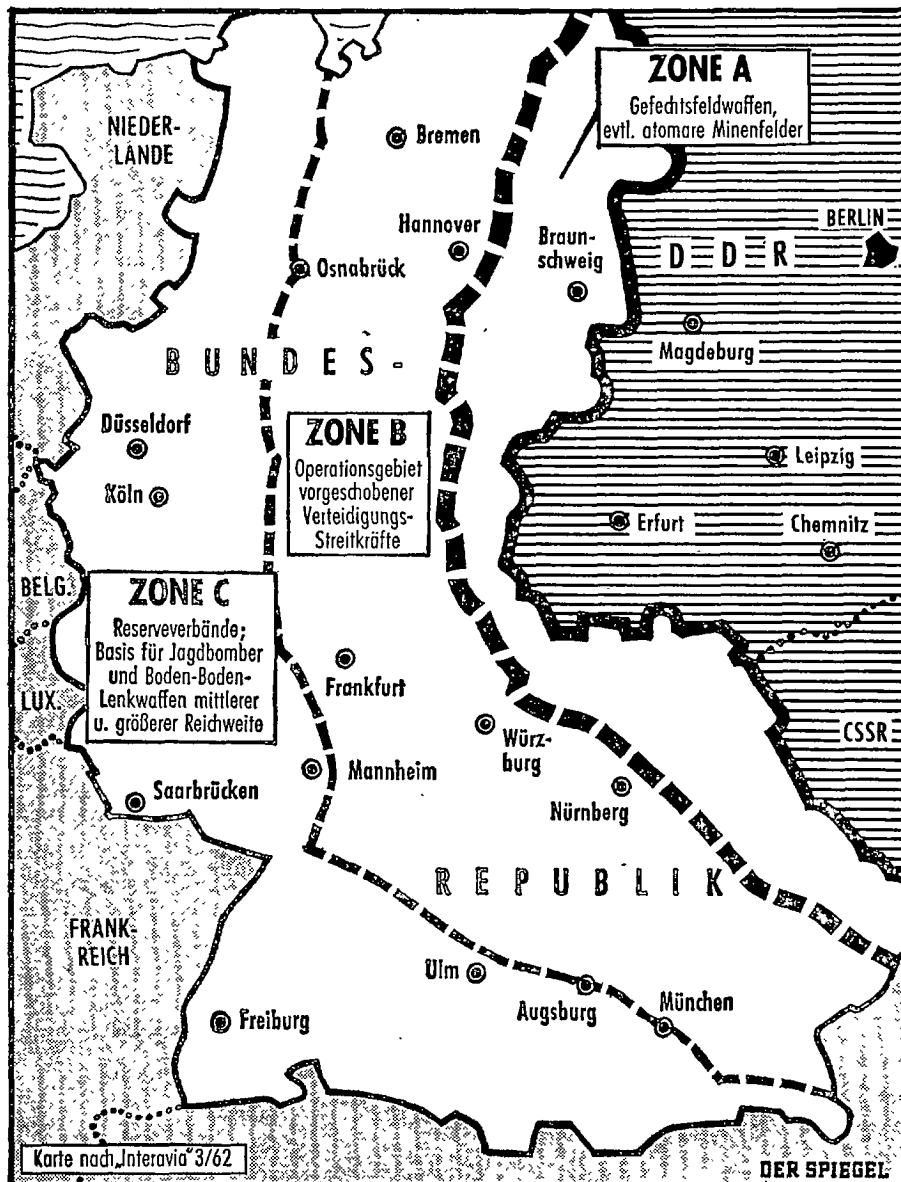
Die Bundeswehr-Generalstäbler entwickelten Vorstellungen, nach denen der Verteidigungskampf so geführt werden soll, daß der Angreifer von Stufe zu Stufe immer neuen und jeweils stärkeren Abwehr- und Abschreckungsmitteln konfrontiert wird.

Grundlage ihrer Überlegungen war die Annahme, daß die konventionellen Streitkräfte der Nato im Abschnitt Europa-Mitte am Tage X möglicherweise nicht stark genug sein würden und bei einem Überraschungsangriff die vorgesehenen Abwehrräume nicht rechtzeitig mit allen Teilen erreichen könnten, um einen konventionellen Angriff abzuwehren.

Nach den allgemeinen Führungsgrundsätzen der westlichen Armeen



Honest-John-Rakete der Bundeswehr: Atomar ins Gefecht



EINE STUDIE ÜBER DIE VERTEIDIGUNG

der Bundesrepublik, die den Überlegungen des Bundeswehr-Führungsstabes scheinbar nahe kommt, veröffentlichte die schweizerische Fachzeitschrift für Luft- und Raumfahrt „Interavia“, die sich ständig mit militärischen Fragen des Atomzeitalters befaßt, im März 1962. Nach dem System der „mobilen Verteidigung“, das der amerikanische Generalstabsmajor Marvin L. Worley 1958 entwickelte, teilte „Interavia“ das Gebiet der Bundesrepublik in die Verteidigungszonen A, B und C ein. Die am rückwärtigen Rand der vorderen Zone operierenden „Sicherungskräfte“ haben die Aufgabe, den Gegner hinzuhalten, zu desorganisieren und in bestimmte Kanäle zu lenken. Sie sollen mit leichten nuklearen Waffen ausgerüstet sein. In der zweiten Zone stehen „vorgeschobene Verteidigungskräfte“; sie sollen die feindlichen Verbände auflösen und soweit wie möglich vernichten. In der dritten Zone halten sich „Reserven“ bereit, die feindliche Durchbrüche abdämmen und zum Gegenangriff übergehen. In den Zonen B und C sollen Boden-Boden-Flugkörper mittlerer und größerer Reichweite, wie Honest-John-Batterien und Pershing-Raketen, stationiert sein. Am Westrand der Zone A sollen dort, wo das Terrain die Verteidigung nicht begünstigt, durch Minenfelder mit Atom-Sprengladungen Verteidigungsanlagen geschaffen werden.

spielt sich der Abwehrkampf in Abwehrräumen ab, vor deren vorderem Rand Verzögerungskräfte operieren. Deren genereller Auftrag dürfte sein:

- ▷ das Ausmaß des feindlichen Angriffs und seine mutmaßlichen Schwerpunkte aufzuklären;
- ▷ den feindlichen Angriff zu verlangsamen, um Zeit für den Aufbau der Verteidigung zu gewinnen;

▷ den gegnerischen Vorstoß in bestimmte Richtungen zu lenken, damit Abwehrschwerpunkte gebildet werden können.

Es ist denkbar, daß solche Verzögerungskräfte auch mit Atom-Minen ausgestattet werden, um einen größeren Abschreckungs- und taktischen Verzögerungseffekt zu erzielen.

Die Atom-Minen bilden nach deutscher Auffassung die unterste Stufe

der atomaren Gewaltanwendung. In einem Aufsatz in der amerikanischen Zeitschrift „Foreign Affairs“, der in der vergangenen Woche erschien, forderte Bundesverteidigungsminister von Hassel die Ansetzung einer möglichst niedrigen „Atomschwelle“.

Um zu vermeiden, daß sich ein Angreifer territoriale Faustpfänder für spätere Verhandlungen hole, müßten atomare Zerstörungsmine, nukleare Luftabwehrwaffen und notfalls auch nukleare Infanteriewaffen für einen Einsatz in frühester Phase eines erkennbaren Angriffs bereitgestellt werden.

Damit, so schloß Hassel, werde dem Feind eine eindringliche Warnung erteilt und gleichzeitig vermieden, daß sich bei einer lang andauernden konventionellen Angriffsführung das Kräftegleichgewicht zugunsten des Feindes verschieben könnte.

Nach der ersten konventionellen Phase und nach dieser zweiten Phase, in der atomare Gefechtsfeldwaffen eingesetzt werden, würde — wenn das Vordringen des Gegners trotzdem nicht gestoppt werden kann — eine dritte Phase beginnen, in der Atomwaffen mit größerer Reichweite zur Anwendung kommen.

Das Durchlaufen dieser Phasen bis zum allgemeinen Atomkrieg (General War) kann Tage oder Stunden dauern, voraussichtlich aber eher Stunden, wenn es nicht gelingt, in der ersten Phase den Kampf zu beenden. Denn schon die ersten atomaren Explosionen können die „Atomspirale“ hochschnellen lassen bis zur Auslösung von Wasserstoffbomben.

Im Bonner Verteidigungsministerium neigt man allerdings zu der Auffassung, daß ein rechtzeitiges atomares Warnungszeichen den Angreifer eher von der Fortsetzung seines Angriffs abhält, als daß es die Atomspirale in Bewegung setzt — es sei denn, der Angreifer ist von vornherein zum großen Krieg entschlossen.

Die Bonner Militär-Theoretiker möchten die amerikanische Strategie der „Atomschwelle und -pause“ konkretisieren. Die Amerikaner streben an, den konventionellen vom atomaren Krieg scharf getrennt zu halten. Sie wollen einen atomaren Schlagabtausch so lange wie möglich vermeiden, um Zeit für Verhandlungen zu gewinnen, bevor die Welt untergeht.

Die deutsche Version sieht keine „Pause“ zwischen dem konventionellen und dem atomaren Kampf vor, dafür aber mehrere Intervalle, die dem Angreifer immer noch die Chance bieten sollen, in seine Ausgangsstellungen zurückzukehren. Dahinter steht die Sorge, daß vor der von den Amerikanern gewünschten „Pause“ weite Teile der Bundesrepublik durch Kampfhandlungen zerstört oder von den Russen erobert werden könnten. Atom-Minen sollen helfen, diese Sorge zu zerstreuen.

Das Bekanntwerden dieses neuen Kampfmittels hatte anfänglich auch unter Militärs viel Verwirrung gestiftet — schon auf rein sprachlichem Gebiet. Der amerikanische Fachausdruck für Atom-Minen lautet „atomic demolition means“ (ADM). Nicht-Amerikaner übersetzen bis heute oft den Ausdruck „means“ (Mittel) mit Minen (mines). In Bundeswehrvorschriften ist weder von

„means“ noch von „mines“, sondern von „munition“ die Rede, obwohl der Ausdruck „Mine“ treffender ist und dem Sprachgebrauch der deutschen Militärgeschichte entspricht, die „Minen“ seit über 300 Jahren kennt.

Die ersten Minen wurden von Wallenstein und Tilly im Dreißigjährigen Krieg verwendet, um Mauern zu zerstören und Befestigungen aufzubrechen. Man verstand damals unter einer Mine eine in einem unterirdischen Stollen angehäuften Menge von Pulver, die — gut verdammt — gezündet wurde.

Friedrich der Große verfügte schon 1783 über vier Mineur-Compagnien, die zu einem besonderen Corps unter einem eigenen Chef zusammengefaßt waren. Sie standen in den Festungen Neiße, Schweidnitz, Graudenz und Glatz und sind die Vorläufer der heutigen Pioniertruppe.

Die Minen wurden im Laufe der Jahrhunderte fortentwickelt: Von den ursprünglichen Stollen-Ladungen bis zum handlichen Sprengkörper des Zweiten Weltkriegs in Metall-, Kunststoff- und Holzbehältern. Diese Minen — vor allem Bodenminen, Tretminen, Panzerminen — zündeten meist durch Druck oder Zug und sollten den angreifenden Feind aufhalten und zum vorsichtigen Vorgehen zwingen.

Die Mine gilt bei den Soldaten aller Armeen als besonders tückische Waffe. Der Minenkrieg wurde oft mit fast sadistischer Raffinesse geführt, Minen-Fallen wurden — phantasievoll getarnt — in Häusern, Waldstücken, an Brücken und in Furten angelegt. So hatte die Rote Armee beim Rückzug den Besitz und das Grab des Dichters Tolstoi in Jasnaja Poljana besonders sorgfältig vermint — in richtiger Einschätzung der deutschen Bildungsbefähigung.

Die Russen ihrerseits fürchteten die deutschen Minen bald mehr als den deutschen Landsr. In seinem Buch „Rußland im Kriege“ bezeichnet Alexander Werth die Minen-Fallen als „eine der wichtigsten deutschen Waffen des Jahres 1943“. Die Minen seien die „größte Sorge der russischen Soldaten und auch ihr Hauptgesprächsthema“ gewesen.

Die Atom-Minen sind freilich weniger darauf angelegt, den Gegner aus dem Hinterhalt zu töten. Ihr Hauptzweck ist vielmehr, künstliche Hindernisse und Sperren zu bilden, in denen sich der feindliche Angriff festlaufen soll. Sie sollen wichtige Engen unpassierbar machen, Täler und Bergpässe verschütten, Gewässer anstauen, Autobahnen und Rollfelder nachhaltig zerstören.

Die ersten Atom-Minen wurden von den Amerikanern in den Jahren 1955/56 in der Wüste von Nevada erprobt. Als besonders schwierig erwies sich, den Zündmechanismus zu entwickeln. Er sollte möglichst klein sein.

Es gibt Atom-Minen mit kleineren und mit größeren Detonationswerten. Einzelheiten sind geheim. Die kleinste atomare Detonation, die der Öffentlichkeit bisher bekanntgegeben wurde, fand am 30. Oktober 1958 in Nevada statt. Der Detonationswert betrug 0,0002 Kilotonnen. Dies entspricht 200 Kilogramm herkömmlichen Sprengstoffs. Die Amerikaner haben zahlreiche Versuche mit Sprengkörpern durchgeführt, die einen

* 1 KT (Kilotonne) entspricht dem Sprengwert von 1000 Tonnen herkömmlichen Sprengstoffs. Die Hiroshima-Bombe hatte einen Sprengwert von 20 KT.



Bundeswehrgeneral Foertsch
„Den Wahnsinn der verbrannten Erde ...“

kleineren Detonationswert als 1 KT* hatten. Es ist aber nicht bekannt, wie groß der Detonationswert des kleinsten als Waffe verwendbaren Sprengkörpers ist.

Atom-Minen werden nach amerikanischen Angaben entweder eingegraben, auf der Erdoberfläche verlegt oder in Gebäude oder Brücken eingebaut. Sie werden wasserdicht verpackt, um eine Korrosion des empfindlichen Zündmechanismus zu verhindern. Die Mine muß häufig gewartet und überprüft werden und kann deshalb nicht für eine lange Zeit verlegt werden.

Die Detonation wird mit Zeit-, Draht- oder Funkzündung ausgelöst. Der entstehende Druck, so schildert es eine Veröffentlichung der amerikanischen Atom-Energie-Kommission, schleudert die Erdmassen und das Gestein in Form einer zylindrischen Säule nach oben, die schnell die Gestalt eines umgekehrten Kegels annimmt.

Ein Teil der hochgeschleuderten Erde verdampft und steigt in größere Höhen



Bundeswehrgeneral Speidel, Gattin
... können wir nicht wiederholen“

auf. Die so entstehende radioaktive Wolke wird vom Wind fortgetragen. Die Masse der Erde und des Gesteins fällt jedoch in den Krater und in dessen nahe Umgebung zurück: Es entsteht ein verstrahlter Bereich. Die schnelle Ausdehnung der heißen Detonationsgase in der Erde erzeugt überdies eine Stoßwelle, die wie ein kleines Erdbeben wirkt. Bei einer Boden-Detonation von 1 KT wird ein etwa sieben Meter tiefer Trichter mit einem Durchmesser von rund 40 Metern aufgerissen.

Bereits 1958 teilten die Amerikaner dem Bonner Verteidigungsministerium mit, daß sie auf westeuropäischem Gebiet Atom-Minen eingelagert hätten. Die neuen Kampfmittel sollten, so hieß es, im Ernstfall vereinzelt zu Sprengungen verwendet werden.

Etwa ein Jahr später lud der damalige Bundesverteidigungsminister Strauß Mitglieder des Bundestagsausschusses für Verteidigung in sein Hauptquartier an der Bonner Erckeilstraße. Generalinspekteur Heusinger hielt den Lagevortrag. Der General bezeichnete Atom-Minen als ein mögliches Verteidigungsmittel.

Auch im europäischen Nato-Hauptquartier wurde der Einsatz von Atom-Minen erörtert. Französische Militärs schlugen als erste vor, solche Minen in größerem Umfang als Ersatz für fehlende Truppen zu benutzen. Da die Vorwärts-Verteidigung zu diesem Zeitpunkt noch nicht gültiges Nato-Konzept war, dachten die Amerikaner daran, Rückzugsbewegungen bis in die Rhein-Main-Linie durch massierten Einsatz von Atom-Minen zu decken. General Dr. Hans Speidel, zu jener Zeit Oberbefehlshaber der alliierten Landstreitkräfte im Nato-Abschnitt Europa Mitte, stemmte sich dagegen, und zwar deshalb, weil dabei weite Strecken des westdeutschen Gebiets preisgegeben und zudem verwüstet würden.

Speidel: „Diese Idee ist völlig unmöglich. Wir können nicht Hitlers Wahnsinnsvorstellung der verbrannten Erde wiederholen. Außerdem hat der letzte Krieg bewiesen, daß wie immer geartete Befestigungsgürtel kein wirksames Hindernis darstellen.“

Statt für eine nukleare Maginot-Linie** plädierte Speidel dafür, taktische Atomwaffen zu verwenden. Vorteil: Solche Raketen könnten jeweils der Entwicklung der Lage entsprechend eingesetzt werden. Eine selektive Verwendung von Atom-Minen hielt auch Speidel für denkbar, allerdings nur dort, wo Zerstörungen in dichtbesiedelten Gebieten und Verluste unter der eigenen Bevölkerung nicht zu befürchten wären.

Die Gedanken des Bundeswehr-Führungsstabes von heute decken sich weitgehend mit den damaligen Auffassungen General Speidels. Auch die Bonner Überlegungen gelten nur einer selektiven Verwendung von Atom-Minen.

Die Bundeswehr-Generalstäbler verglichen die Vor- und Nachteile des Atom-Minen-Einsatzes:

** Von 1929 bis 1936 errichtete Frankreich an seiner Ostgrenze eine tief gegliederte Befestigungszone: die Maginot-Linie, so genannt nach dem französischen Kriegsminister André Maginot (1877 bis 1932). Die Hoffnungen, die Maginot auf den Befestigungsgürtel gesetzt hatte, erfüllten sich im Zweiten Weltkrieg nicht.



... kühles, goldenes

TUBORG

Bier - Luxus Gold
aus Kopenhagen



Berufsaufstieg durch bessere Ausbildung

Eine neue Chance für Berufstätige. Es bietet sich Ihnen ein vollgültiger Studienweg zu interessanten und aussichtsreichen Berufen.

Die SGD führt Berufstätige zu staatlich ext. geprüften Ingenieuren und anderen Ausbildungszielen. Jährlich mehrere Tausend Absolventen. Auch auf die Mittlere Reife und das Abitur können Sie sich vorbereiten.

Verlangen Sie SGD-Studien-Katalog	
Techniker oder Ingenieur	Techn. Berufe
○ Maschinenbau ○ Feinwerktechnik ○ Elektrotechnik ○ Nachr.-Technik ○ Elektronik ○ Hoch- u. Tiefbau ○ Stahlbau ○ Regelungsstsch. ○ Heizung / Lüft. ○ Gas / Wass.-Tech. ○ Chemietechnik ○ Vordichtungsbau ○ Arb.-Vorbereiter ○ Fertigungsstsch. ○ Galvanotechnik ○ Wirtschafts.-Ing.	○ Kfr.-Techniker ○ El. Assistent(in) ○ Techn. Zeichner ○ Konstrukteur ○ Hochbaufachler ○ Refraktormann
Kaufmännische Berufe	Prüfungs-Vorb.
○ Betriebswirt ○ Bilanzbuchhalt. ○ Buchhalter ○ Kostenrechner ○ Steuerbevollm. ○ Industrieklm. ○ Großhand'klm. ○ Einzelhand'klm. ○ Versandhd'klm. ○ Zeitungsstsch. ○ Einkaufsleiter ○ Verkaufsleiter ○ Personalleiter ○ Werbekaufm. ○ Techn. Kaufm. ○ Masch. schreib. ○ Stenographie ○ Tabellier	○ Ind.-Meister ○ Handw.-Meister ○ Fachschulreife ○ Abitur und Mittl. Reife ext. Fremdspr. (neu) ○ Gestaltung ○ Freie und angew. Zeichenkunst ○ Innenarchitektur ○ Architekt

Postfach 1051

Abt. A 60

Studiengemeinschaft 61 Darmstadt

- ▷ einerseits: Berechenbarkeit des voraussichtlichen Schadens; keine Streuung wie bei verschossenen Atom-Sprengkörpern; Verstrahlung am Boden und in der Atmosphäre nur gering;
- ▷ andererseits: Wetterabhängigkeit des Einsatzes; unbestimmter Zeitbedarf für die Verlegung nach Freigabe durch die Amerikaner; Schwierigkeiten der Geheimhaltung und Tarnung; begrenzte Verwendungsmöglichkeit wegen Gefährdung der Zivilbevölkerung.

Bundesverteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel und Generalinspekteur Trettnner sprachen im November in Washington mit ihren amerikanischen Kollegen, Minister McNamara und General Wheeler, über die deutschen Vorstellungen. Die Amerikaner waren von der Grundidee des Planes angetan, wenn überhaupt Atomwaffen, dann zuerst nur solche mit geringer Sprengwirkung zu benutzen. Sie versprachen eine sorgfältige Prüfung des deutschen Diskussionsbeitrages einschließlich der Verwendung von Atom-Minen.

Befürworter der deutschen Vorstellungen im Pentagon sind jene Militärs, die dazu neigen, atomare Gefechtsfeldwaffen zu den konventionellen Waffen zu zählen, und die darum glauben, daß ihr Einsatz nicht zwangsläufig die Atomspirale auslöst, zumal die Sowjets von einer Verwendung größerer Atomwaffen durch die Drohung eines westlichen Gegenschlages abgeschreckt werden könnten.

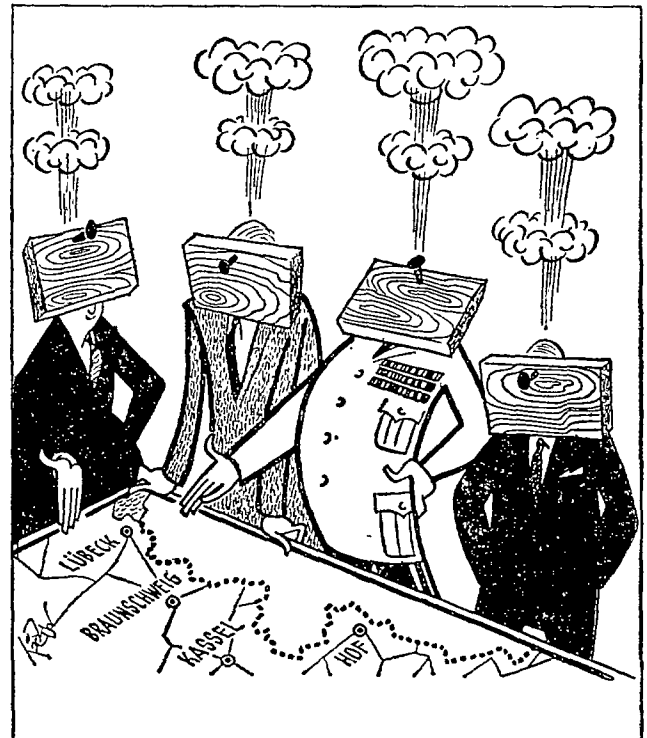
Andere amerikanische Generale und auch die zivilen Berater des Verteidigungsministers McNamara zeigten sich jedoch skeptischer. Sie sind nicht davon überzeugt, daß ein sofortiger Einsatz atomarer Mittel den Feind zum Anhalten und zum Rückzug zwingt, sondern nehmen an, daß dann auch die Sowjets Atomwaffen einsetzen werden. Ein taktischer Atomkrieg sei aber für die dichtbesiedelte Bundesrepublik genauso verheerend wie ein großer Atomkrieg für die Vereinigten Staaten.

Die Amerikaner befürchten überdies, daß ihnen die politische Kontrolle über den Einsatz von Atomwaffen verlorengehen könnte, wenn Atom-Minen in vorderster Linie ausgelegt würden. Im Bonner Verteidigungsministerium hält man diese Befürchtungen für unbegründet, da die Minen in amerikanischem Gewahrsam bleiben sollen und niemand an einen Atom-Minen-Gürtel entlang der Zonengrenze denkt. Andernfalls würde das Minen-Projekt auch absurde und makabre Formen annehmen. Aus Selbstverteidigung würde Selbstzerstörung.

Sowohl beide Seiten, Amerikaner und Deutsche, angesichts der strategischen

Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Nato bemüht sind, ihre Vorstellung aufeinander abzustimmen — vollends ist dies noch nicht gelungen. Die Amerikaner setzen die Atom-Schwelle nach wie vor höher an als die Deutschen. Deshalb wünschen sie, daß die konventionellen Kräfte an der Zonengrenze in einer Spannungszeit durch rasch zu mobilisierende Ersatz- und Marsch-Bataillone sowie durch amerikanische Kampfgruppen, die im Lufttransport von den USA herangeführt werden sollen, verstärkt werden. Überdies wollen sie anregen, die deutschen F104-Starfighter-Verbände vornehmlich für konventionellen Einsatz vorzusehen.

Die deutschen Vorschläge haben in Washington den Verdacht genährt, Bonn wolle den US-Präsidenten bewegen, Atomwaffen unverzüglich zur Verteidigung



Copyright: Die Welt (Hicks)

Undurchdringliches Minenspiel

gung der Bundesrepublik freizugeben, sobald feindliche Truppen die Zonengrenze überschritten haben.

Tatsächlich würde der selektive Einsatz von Atom-Minen dem deutschen Sicherheitsbedürfnis, so wie es im Bundesverteidigungsministerium interpretiert wird, weitgehend entsprechen. Seit Präsident Kennedy die Strategie der „massiven Vergeltung“ als militärisches Konzept der USA durch die Strategie der „abgestuften Verteidigung“ ablösen ließ, ist die Bundesregierung bemüht, eine gleichsam automatisch wirkende amerikanische Atom-Garantie zu bekommen.

Diesem Wunsch entspricht die Bonner Vorstellung von der Verwendung atomarer Minen in geradezu perfekter Weise. Wenn sich Bonn und Washington auf den frühzeitigen Einsatz sehr kleiner atomarer Waffen einigen, dann gerät der amerikanische Präsident in einen fast unausweichlichen atomaren Zug-Zwang bei einem sowjetischen Angriff.

Dieser Gedankengang war es denn auch, der die Franzosen veranlaßte, dem deutschen Projekt zuzustimmen. Nach französischer Auffassung würde die abschreckende Wirkung der Atom-Minen bei einer Vorwärts-Verteidigung vor allem darin bestehen, daß die Sowjets die Minen als eine Art Stolperdraht aufzufassen hätten, vor dessen Berührung sie sich hüten müßten, wollten sie nicht den großen Atomschlag des Westens auslösen.

Die Engländer aber sind gegen das Bonner Projekt. Sie wollen, wie die Amerikaner, eine „Automatik des Atomwaffen-Einsatzes“ vermeiden und sehen die Interessen des Westens gegenwärtig in Asien stärker bedroht als in Europa. Auch darin stimmen die Amerikaner mit ihnen überein.

Londons neuer Verteidigungsminister, Denis Healey, bemühte sich in Paris, seinem deutschen Kollegen von Hassel klarzumachen, daß ein Atomkrieg die totale Vernichtung der Bundesrepublik heraufbeschwöre. Ein konventioneller Krieg, meinte Healey, lasse Deutschland immerhin die Chance eines Wiederaufbaus.

OSTHANDEL

Lizenzen für Ulbricht

Die Redlichkeit der Beziehungen zwischen Washington und Bonn hängt seit 14 Tagen an vollsynthetischen Fäden, die Walter Ulbrichts Chemie-Manager aus amerikanischen Spinnrösten drücken wollen.

In Bonn erregt man sich über ein Geschäft, das zwei amerikanische Unternehmen — die Standard Oil Company of Ohio (Sohio) und die Industrieausstattungsfirma Litwin Engineering Company — mit Ulbrichts DDR abwickeln.

Beide Firmen helfen dem Zonenregime, seine Wirtschaftskraft durch den Aufbau eines hochmodernen Chemiebetriebes zu stärken, das nach amerikanischen Lizenzen vollsynthetische Kunstfasern und vielseitig anwendbare Kunststoffstoffe produzieren wird. Zu diesen Geschäften gab das amerikanische Handelsministerium seinen offiziellen Segen, ohne die Bonner Regierung zu verständigen.

Monatelang hatte Washington seinen treuesten Nato-Partner, der noch im März 1963 Order parierte und seine Röhrenlieferungen an die Sowjet-Union einstellte, diesen Osthandels-Coup verschwiegen. Erst als amerikanische Zeitungen darüber berichteten, drang die Kunde nach Bonn.

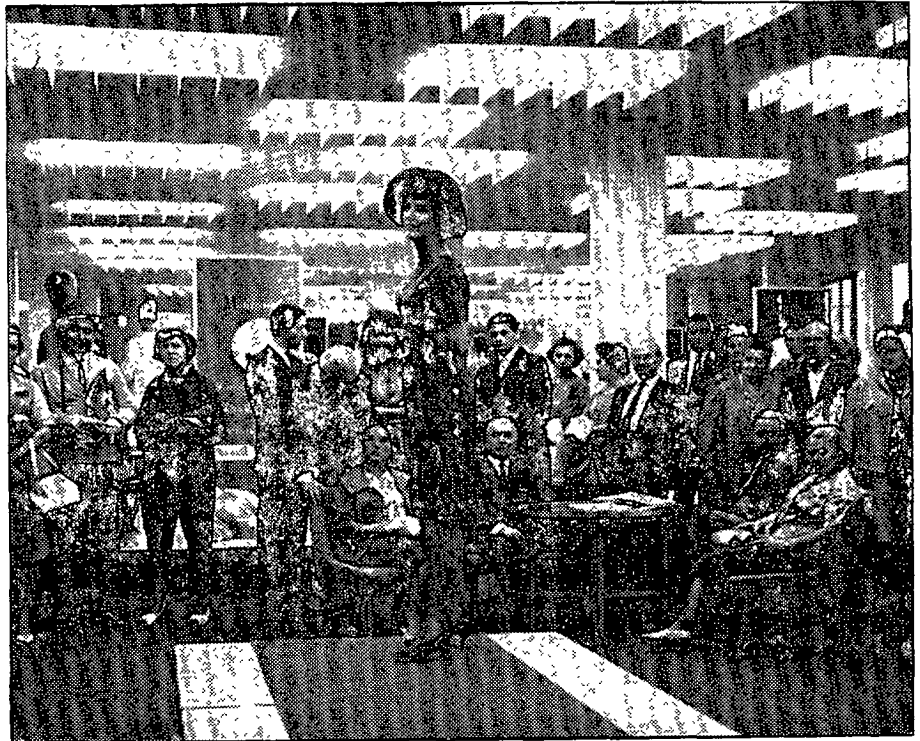
Außenminister Schröder beauftragte seinen Staatssekretär Rolf Lahr, bei der US-Botschaft in Bad Godesberg den Wahrheitsgehalt der Alarmbotschaft auszuloten. Nach tagelangem Schweigen bestätigte das State Department, die Transaktion mit den Lizenzen sei okay.

Auf ihr Zustandekommen kann Ulbrichts früherer Plankommissar Bruno Leuschner stolz sein. Vor genau vier Jahren hatte Leuschner — gleichzeitig stellvertretender Ministerpräsident — den Wirtschaftsfunktionären der DDR eine neue Weichenstellung des staatlichen Außenhandels angekündigt: „Wir werden alle Maßnahmen ergreifen, um die Abhängigkeit unserer Wirtschaft von Westdeutschland zu beseitigen;

notfalls verlagern wir unsere Aufträge in andere, weniger Nato-fanatistische Länder.“

Als Nichtfanatiker erwiesen sich vor allem die Briten und Franzosen. Die englischen Industrieausrüster Humphreys und Glasgow bauen während der nächsten zwei Jahre, zusammen mit der französischen Firma Ensa, eine chemische Großanlage im Erdölkombinat Schwedt an der Oder für insgesamt 91 Millionen Mark.

Auf der letzten Leipziger Frühjahrsmesse bandelten dann auch mehrere Amerikaner, Abgesandte der Sohio und des Ingenieurunternehmens Litwin, mit Bruno Leuschners rührigem Nachfolger Erich Apel an und offerierten der Ost-Berliner Import-Export-Agentur ihre Dienste.



Leipziger Mannequin im Kunstfaser-Kleid: Hilfe aus Ohio

Die um DDR-Kontakt bemühten Firmen zählen zwar nicht zur Spitzengarnitur der amerikanischen Industrie, die Sohio ist aber an mehreren petrochemischen Werken beteiligt und verfügt auch über Kunststoff-Patente. Ihr Mitreisender auf Ostkurs, die in Wichita (Kansas) ansässige Litwin Engineering Company, wurde erst 1954 gegründet. Das Kapital der Firma beträgt nur knapp 400 000 Mark.

Im Vertrauen auf den liberalen Kurs, den die Regierung in Washington seit einiger Zeit steuert, flogen die Unterhändler aus Ohio und Kansas unangefochten nach Leipzig, obwohl das Department of Commerce alle Osthändler gewarnt hatte: „Da die USA das ostdeutsche Regime nicht anerkennen, können sie den amerikanischen Bürgern auch nicht den normalen konsularischen Schutz gewähren.“

Schon wenige Wochen nach dem Messe-Treffen unterzeichneten die Emis-säre in Ost-Berlin einen Vorvertrag, den Ulbrichts Staatskasse mit 13,5 Millionen Dollar (54 Millionen Mark) honorieren will. Dafür liefern die Amerikaner die Lizenzen zur Herstellung von

drei Kunststoffen: Orlon, Acrilan und Creslan. Der stolze Preis ist als Pauschalabfindung für die Herstellungsverfahren gedacht.

Die chemischen Komponenten der Synthetika sind kein Industriegeheimnis mehr. Orlon wurde bereits vor 22 Jahren auf dem Boden der heutigen DDR, im ehemaligen IG-Farben-Betrieb Wolfen bei Bitterfeld, erfunden. Dort entwickelte der Star-Chemiker Dr. Herbert Rein diesen Kunststoff, der Nylon und Perlon an Hitze-, Licht- und Säurebeständigkeit weit übertrifft; er nannte ihn Oreon.

Als die Amerikaner im Juni 1945 Wolfen räumten und die Provinz Sachsen-Anhalt den Sowjets überließen, nahmen sie alle Forschungsunterlagen mit. Fünf Jahre später ver-

wertete der größte Chemiekonzern der Welt, Du Pont de Nemours, Reins Erfindung und nannte das in einem organischen Lösungsmittel versponnene Kunstharz dann Orlon.

Wichtiger als die Lizenzen sind den mitteldeutschen Chemiebetriebe die Betriebsanlagen. Vermutlich über ihre Pariser Dependence wird die Ingenieurfirma Litwin den mitteldeutschen Technikern helfen, das Kunststoffwerk an einem noch unbekannten Ort aufzubauen und hochmodern auszurüsten. Wahrscheinlich werden dabei auch französische Maschinenfabriken Zuströmungshilfe leisten, zum Beispiel die Firma „Pétrochimie“, mit der die Pariser Litwin-Filiale eng zusammenarbeitet. Sie residiert sogar in deren Geschäftsräumen.

Mit dem neuen Schwerpunktbetrieb will die DDR ihre Position als Hauptchemieproduzent des Ostblocks festigen und den letzten Engpaß in der Textilversorgung beseitigen. Zur Zeit sind Damenstrümpfe, Oberhemden und Kleider aus einwandfreien vollsynthetischen Kunstfasern immer noch knapp und teuer. Aus Orlon, Creslan und Acrilan